

## Neujahrsempfang 2010

### Redemanuskript von Uwe Vorberg

Liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren,

2009 war für DIE LINKE ein außerordentlich erfolgreiches Jahr. Im Juni ist DIE LINKE mit bundesweit 7,5 % der Stimmen gestärkt in das Europaparlament eingezogen. Aus Bochumer Sicht besonders erfreulich ist, dass mit dem Herner Sozialpfarrer Jürgen Klute zum ersten Mal ein Vertreter aus unserer Region für DIE LINKE ins Europaparlament eingezogen ist. Auch bei den Bundestagswahlen hat die LINKE mit knapp 12 % ein Spitzenergebnis eingefahren. Und wir freuen uns natürlich, dass wir jetzt 2 Abgeordnete aus Bochum im Bundestag haben: Sevim Dagdelen, die sich ja bereits in den letzten Jahren als Bundestagsabgeordnete auch hier vor Ort in Bochum für soziale Gerechtigkeit und demokratische Rechte engagiert hat, und neu die Sozialwissenschaftlerin Ingrid Remmers, die als Mitglied des Petitionsausschuss naturgemäß in ihrer Arbeit nah an den Problemen der Bürgerinnen und Bürger ist. Und ganz besonders haben wir uns natürlich über das Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen gefreut.

Die eine oder andere hat uns ja ein wenig belächelt, weil wir überall vollmundig verkündet haben, wir wollten unser Wahlergebnis gegenüber 2004 verdoppeln. Das haben wir mit über 10.000 Stimmen und knapp 7 % auch erreicht. Am Wahlabend war DIE LINKE mit nun 6 MandatsträgerInnen im Rat und 8 VertreterInnen in den Bezirken klare Wahlsiegerin. Wenn wir jetzt Gesamtfraktionssitzungen haben, sitzen mit den Ratsmitgliedern, den BezirksvertreterInnen und den sachkundigen BürgerInnen fast 20 Menschen am Tisch. Da mussten wir einiges neu gestalten, neu diskutieren, neu lernen, aber all das hat überraschend gut geklappt, und das hat aus meiner Sicht 2 Gründe: Zum einen gibt es bei aller Meinungsfreude im Detail ein hohes Maß an gemeinsamen Zielen für eine sozialere und demokratischere Stadt und ein sehr solidarisches Miteinander in der Fraktion. Zum anderen trägt die hervorragende Arbeit der Fraktionsgeschäftsstelle dazu bei, dass die Fraktion effektiv arbeiten kann. Dafür möchte ich mich bei Hella Eberhardt und Jürgen Plagge-Vandelaar ganz herzlich bedanken.

Liebe Gäste,

gesellschaftspolitisch war 2009 aber ein katastrophales Jahr. Mit dem akuten Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise mussten viele Menschen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Insbesondere die Zukunft der Beschäftigten bei Opel hat uns das ganze Jahr bewegt. Die Bochumer LINKE stand gemeinsam mit der Bundestagsfraktion und vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Aber die Opelkrise hat auch die Ohnmacht von Lokalpolitik gezeigt, wenn auf Bundesebene falsche Entscheidungen getroffen werden. Es ist die Politik der Bundes- und Landesregierung gewesen, die mit öffentlichen Geldern General Motors geholfen hat, diese Hilfe aber an keine Zusagen von General Motors oder Mitspracherechte geknüpft hat. Jetzt sollen bei Opel in Europa über 9.000 Stellen gestrichen werden, davon ca. 2.000 in Bochum. Und General Motors fordert dafür auch noch die finanzielle Unterstützung durch die Bundes- und Landesregierungen. Die Beschäftigten von Opel wollen und brauchen Beschäftigungsgarantien und Zukunftsperspektiven, keinen Kahlschlag. Darum fordert DIE LINKE: Öffentliche Gelder darf es dabei nur als Beteiligung mit Mitspracherechten geben.

Aber auch die unmittelbare kommunale Politik hat die Finanz- und Wirtschaftskrise brutal zu spüren bekommen. Fast alle Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet befinden sich in einer Finanzkrise, aus der sie sich nicht aus eigener Kraft befreien und schon gar nicht heraus sparen können. Steuereinnahmen brechen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise auf allen öffentlichen Ebenen dramatisch ein. Die Kommunen in NRW sind seit Jahrzehnten finanziell unzureichend ausgestattet. Dafür gibt es zwei Gründe: Ständige neue Einkommens- und Unternehmenssteuersenkungen auf Bundesebene haben die Kommunen systematisch ausgeblutet, zudem wurden den Kommunen ständig neue Aufgaben ohne angemessene Gegenfinanzierung zugewiesen.

Die Folgen der sich immer weiter auftürmenden Schulden zeigen sich nicht nur in den kommunalen Bilanzen. Sie werden sichtbar in zerfallender öffentlicher Infrastruktur und in immer größeren Schwierigkeiten, ein Mindestangebot öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. In vielen Städten wird seit Jahren der Mangel verwaltet. Gleichzeitig wachsen kommunale Aufgaben und Ausgaben vor allem im Sozialbereich.

Die Bochumer Verwaltung hatte deshalb bereits Ende Oktober eine Kürzungsliste vorgelegt, mit der jährlich 100 Millionen Euro im Bochumer Haushalt eingespart werden

sollten. Für DIE LINKE. war die von der Stadtspitze vorgelegte Liste der Grausamkeiten vollkommen inakzeptabel, mit ihr drohte der sozial-, bildungs- und kulturpolitische Kahl-schlag. Zum Glück sah das die Mehrheit von SPD und Grünen in einigen Punkten ähn-lich. Doch auch das verabschiedete Haushaltssicherungskonzept ist immer noch sozial unausgewogen. Im Bereich der Musikschule und der VHS wird das Angebot reduziert, dort und in fast allen anderen kulturellen Einrichtungen werden die Entgelte und Eintritte deutlich steigen. Die Ganztagsbetreuung in Kitas soll nicht weiter ausgebaut werden, Eltern sollen über eine Erhöhung der Gebühren für die 45-Stunden Betreuung zur Bu-chung kürzerer Zeiten in den Kitas gedrängt werden. Der Bochumer Bildungsbonus wird abgeschafft, im Bereich der Altenhilfe kommt es zu Kürzungen. Die Öffnungszeiten der Schwimmbäder werden reduziert, Lehrschwimmbecken und Turnhallen werden ge-schlossen. Für DIE LINKE im Rat ist das vollkommen inakzeptabel. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, in denen immer mehr Menschen darauf angewiesen sind, muss sich die soziale Daseinvorsorge bewähren.

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden wird 2010 noch dramatischer werden. Allein durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das in Wirklichkeit ein Umverteilungsbeschleunigungsgesetz ist, kommen auf die Kommunen Einnahmeausfäl-le von 1,6 Milliarden Euro zu. Wenn dem verschärften Sparkurs gegenüber den Kom-munen kein massiver Widerstand entgegengesetzt wird, droht eine neue Qualität von Leistungskürzungen für die breite Masse der Bevölkerung. Erhöhte Gebühren und Ab-gaben, verschärfter Personalabbau im Öffentlichen Dienst und weitere Privatisierungen eingeschlossen. Der Entscheidungsspielraum der meisten Stadträte wird praktisch auf Null reduziert.

Für DIE LINKE ist klar: Die Räte der Region, die Spitzen unserer Städte und Gemein-den dürfen die drohenden Spardiktate nicht einfach hinnehmen, sondern müssen ge-meinsam mit der Bevölkerung Widerstand für das Überleben der kommunalen Demo-kratie organisieren. Dazu wollen auch wir im Rat einen Beitrag leisten.

Liebe Gäste,

dieses Jahr ist das Jahr der Kulturhauptstadt. Zum Thema haben ja Milli Häuser und Martin Scholz gerade schon Entscheidendes beigetragen. Herzlichen Dank dafür! Von mir nur so viel: Dass die Kulturhauptstadt in Bochum nur mit ein paar wenigen ausge-suchten Events stattfindet, hat seine Ursache vor allem darin, dass die Bochumer Politik

unter Kultur vor allem bauliche Großprojekte versteht: Konzerthaus, Kubus im Haus Weitmar, Kammermusiksaal Marienkirche, Platz des europäischen Versprechens. Alles Millionenprojekte, bei denen man vermuten kann, dass sich damit KulturpolitikerInnen und Kulturdezernenten eigene Denkmäler setzen wollten. Die Entwicklung von Basis-kultur, Soziokultur, Laienkultur und die Förderung von Teilhabe aller an Kultur hatte da keinen Platz und vor allem kein Geld mehr. Wenn diese Förderung in der Breite nicht stattfindet, besteht die Gefahr, dass nur noch Texte wie diese produziert werden:

Urverlässlich, sonnig stur

Das ist Ruhr,

Seelenruhr

Von schwerverlässlicher Natur

Urverlässlich, sonnig, stur

So weit, so ur

Seelenruhr.

Ich mein ja nur

Komm zu Ruhr

(Herbert Grönemeyer: Komm zur Ruhr)

Liebe Gäste,

auch 2010 stehen Wahlen an. Die Landtagswahlen entscheiden mit darüber, ob in Nordrhein-Westfalen ein Wechsel hin zu einer sozialeren, demokratischeren, solidarischeren Politik möglich wird. Dafür werden wir natürlich auf der Straße streiten. Denn auch hier gilt: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land. Als Ratsfraktion können wir durch unser Engagement für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie, für den Erhalt des Bürgereigentums und für eine solidarische und ökologische Stadtentwicklung in Bochum dazu beitragen, dass LINKE Politik glaubwürdig ist und von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird. Daran werden wir weiter arbeiten.

Liebe Gäste,

auf viele konkrete Initiativen, auf unsere Anfrage und Anträge konnte ich jetzt nicht eingehen. Wer sich einen genaueren Überblick unserer Arbeit verschaffen möchte, den

bzw. die darf ich auf die ausliegenden Mappen hinweisen. Dort finden sich viele Informationen zu den Fraktionsmitgliedern, Pressemitteilungen, Anträgen und Anfragen. Alle unsere Aktivitäten sind auch im Internet auf unserer Homepage dokumentiert, Anna-Lena und ich sind auch im sozialen Netzwerk facebook anzutreffen. Ganz im realen Leben wünsche ich jetzt allen noch gute Unterhaltung und viele anregende Gespräche.

Bochum, den 15. Januar 2010